

7161 Unterschriften für 70 Schüler

Schulweg Initiative gegen die Sparmassnahme durch Schüler-Verschiebung kam locker zustande

VON JÜRIG GOHL

Das Baselbieter Stimmvolk wird wohl im nächsten Jahr darüber entscheiden, ob der Kanton Sekundar-schüler innerhalb der festgelegten Schulkreise verschieben darf. Solche Eingriffe dienen dazu, die Klassen-grössen und damit die Anzahl der Klassen zu optimieren. Diese Mass-nahme wird auf nächstes Schuljahr erstmals ergriffen. Der Kanton spart pro gestrichene Klasse fast 300 000 Franken jährlich. Von den ersten «Zwangsverschiebungen», wie sie das Initiativkomitee bezeichnet, wären nun 70 Schülerinnen und Schüler im ganzen Kanton betroffen. Bekannt wurden bisher vor allem Verschie-bungen in Allschwil, in den Frenken-tälern sowie zwischen Sissach und Gelterkinden. Doch es gibt noch weitere.

Die Initiative «keine Zwangsver-schiebungen an Baselbieter Sekun-darschulen» wurde von 7161 Perso-nen unterzeichnet und gestern ein-gereicht. Da bereits 1500 Unterschrif-ten gereicht hätten, dürfte die Gültig-keit gewährleistet sein. Nun hat

«An der Bildung wird nicht gespart, sagte damals das Stimmvolk.»

Jürg Wiedemann, Landrat

Regierungsrat Urs Wüthrich, der Bil-dungsdirektor, 18 Monate Zeit, eine entsprechende Initiative auszuarbei-ten und zur Abstimmung zu bringen.

Jürg Wiedemann, Mitglied des Ini-tiativkomitees, Lehrer und Landrat der Grünen, ist stolz auf das «sensati-onelle» Sammlungsergebnis, wie er es bezeichnet. «Ein ganz massives Zei-chen an die Adresse der Bildungsdi-rektion», sagt er voller Zuversicht, an



Drei von insgesamt 70 betroffenen Schülerinnen und Schülern: Michele Petta, Joëlle Vogt und Florian Pflug aus Allschwil werden bald mit dem Bus zur Schule fahren müssen.

KENNETH NARS/BZ-ARCHIV

der Urne einen Sieg zu erringen. Denn erstens weise das Sammelresul-tat klar darauf hin, dass das Volk hinter der Initiative stehe, zweitens erin-tert er an die GAP-Abstimmungen. Damals hiess das Volk mehrere Spar-vorschläge gut – ausser in der Bil-dung. «Nein, an der Bildung wird nicht gespart, sagte damals das Stimmvolk», folgert Wiedemann.

Volksschule als Sparopfer

Die Initianten weisen darauf hin, dass in den vergangenen Jahren im Volksschulbereich massiv gespart

werden musste, um den steigenden Aufwand auf der Hochschulstufe (FHNW und Uni) zu kompensieren. «Die Volksschule ist eine längst aus-gesprezte Zitrone», sagt Wiedemann. Er zieht nach dem überzeugenden Sammelresultat gegen den doch klaren Entscheid des Landrats ein auch für das Parlament wenig schmeichel-haftes Fazit: «Die Bildungsdirektion und der Landrat politisieren ganz of-fensichtlich am Volk vorbei.»

Auch als sich das Kantonsparla-ment vor einer Woche erneut mit den Schulkreisen befasste, lehnte der

Landrat eine Petition der Schulen aus den beiden Frenkentalern sowie eine Wiedemann-Motion gegen die Zwangsversetzungen ab.

Claudia Vogt, die für die Finanzen des Initiativ-Komitees zuständig ist, schildert als Betroffene die Nöte ihrer Tochter Joëlle, die bald von All-schwil nach Oberwil in die Schule fahren muss. Offenbar bewegen sol-che Geschichten. Das Komitee erhielt bereits in seiner Sammelphase Spen-den überwiesen, auf die es spätestens im Abstimmungskampf angewiesen sein wird.

Nachrichten

Liestal Polizeichefs dreier Länder trafen sich



Am Mittwoch fand in Liestal die zweijährliche so genannte «Tri-nationale Chefbesprechung» statt. Im Rahmen der trinationalen polizeilichen Zusammenar-beit trafen sich ranghohe Funk-tionäre der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden der drei Länder. Themen waren un-ter anderem die aktuelle Sicher-heitslage in den drei Staaten, die kriminalpolizeiliche Situa-tion und der Informationsaus-tausch im Dreiländereck sowie die Förderung der trinationalen Zusammenarbeit. Die Polizei Basel-Landschaft mit Komman-dant Daniel Blumer (Foto) hat gegenwärtig den Vorsitz der Chefbesprechung. (BZ)

Polizeischule Besuchstag mit Vorführungen

Die Kantonspolizei Baselland-schaft lädt am kommenden Samstag zum Besuchstag an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch (LU) ein. Die Veranstaltung findet von 9 bis 16 Uhr statt; um 11 und 14 Uhr präsentieren die Absolventen der Schule verschiedene Vor-führungen. Neben anderen Poli-zekorps und Partnerorganisati-onen ist auch die Baselbieter Kantonspolizei vor Ort und be-antwortet Fragen zum Einstieg in den Polizeiberuf. Der Be-suchstag ist öffentlich und steht neben Angehörigen der Absol-venten allen jungen Frauen und Männern offen, die Interesse am Polizeiberuf haben. (BZ)

Kantonaler Asylempfang in Therwil

Asylwesen Der Kanton und die Gemeinde Therwil planen gemeinsam ein kantonales Durchgangszentrum in Therwil.

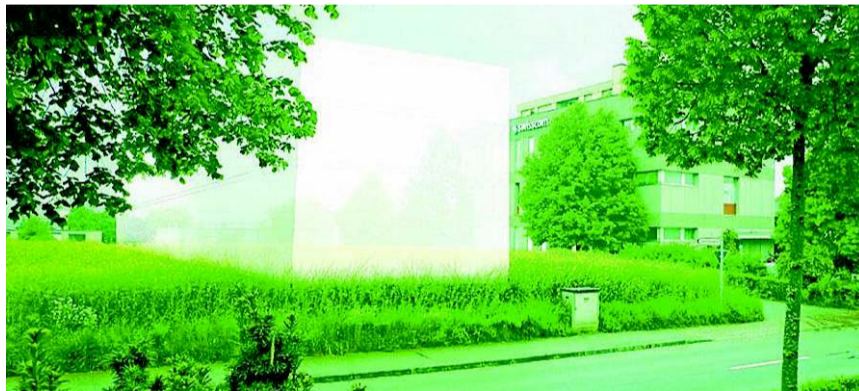
VON DANIEL HALLER

Für die Asylbewerber, die der Kanton Baselland derzeit noch im Entlas-tungszentrum «Station Lampenberg» in Ramllinsburg unterbringt – aktuell 41 Personen –, könnte in Therwil ein kantonales Durchgangszentrum ent- stehen. Dies teilt der Gemeinderat in seinem Informationsblatt mit.

Bisher betreut die Gemeinde Ther-wil im «Löwen» jene Asylbewerber, die sie wie jede andere Gemeinde vom Kanton zugeteilt bekommt. Der aktuelle Verteilungsschlüssel liegt bei 0,8 Prozent der Bevölkerung. Dies ergibt für Therwil maximal 76 Personen. Deren Betreuung kostete die Gemeinde rund 250 000 Franken im Jahr.

Stellt sich die Ge-meinde als Standort für ein kantonales Durchgangshaus zur Verfügung, muss sie künftig keine Asylsuchende mehr auf eigene Kosten betreiben. Die Menschen im Durchgangshaus stehen dann unter der Obhut des Kantons.

Diese Regelung hatte bereits im letzten Jahr dazu geführt, dass Arlesheim das kantonale Durchgangszentrum bauen wollte. Das Projekt ist dann an Gemeindeversammlung äusserst knapp verworfen worden. Doch der Kanton wäre froh über eine Zent-rum, in dem er die Asylsuchenden, die vorher maximal drei Monate in



An dieser Stelle an der Benkenstrasse würde das Zentrum gebaut. ZVG

einem Empfangszentrum des Bundes lebten, für vier bis sechs Wochen unterbringen kann: «Wir können mit einem eigenen Zentrum besser abklären: Wer passt wohin?», erläutert Rolf Rossi, Leiter der kantonalen Ko-ordinationen für Asylbewerber. Dies sei auch im Interesse der an-deren 85 Gemeinden, denen weiterhin

Asylsuchende zuge-teilt werden.

Das Durchgangs-haus würde für 120 Personen ausgelegt. Diese Zahl werde aber kaum erreicht, stellt Rossi fest, da man aufgrund der Zusammensetzung der Flüchtlinge –

Männer, Frauen, Familien, verschie-dene Nationalitäten – die Zimmer selten voll belegen könne.

Von Sommaruga-Plänen überrascht

Das Gebäude ist an der Benken-strasse für 4,5 Millionen Franken durch die Gemeinde Therwil geplant. Der Kanton würde durch die Miete das Zentrum innerhalb von 30 Jahren amortisieren und das Zentrum auf ei-

gene Kosten betreiben. Da in Therwil die Liegenschaft «Löwen», in der die Asylbewerber bisher untergebracht waren, einer neuen Überbauung weichen soll, müsste so oder so Ersatz geschaffen werden, teilt der Gemein-derat mit. Für Anwohner ist eine In-formationveranstaltung am 24. Mai geplant.

«Wir sind von den Überlegungen von Bundesrätin Simonetta Somma-ruga überrascht worden», reagiert Gemeindeverwalter Theo Kim auf die praktisch zeitgleich bekannt gewor-denen Pläne, die Abläufe im Asylwe-sen zu beschleunigen. «Wir müssen nun gemeinsam mit dem Kanton prüfen, wie weit sich das auf das Pro-jekt auswirkt.» Dies dürfte zu Verzö-gerungen führen.

Auch Rossi kann die Folgen noch nicht detailliert abschätzen. Er geht aber davon aus, dass ein eigenes kan-tonales Durchgangszentrum weiter-hin sinnvoll sei: «Das bundesrätliche Ziel, 80 Prozent der Asylverfahren innerhalb von drei Monaten abzuschliessen, ist nur schwer erreichbar. Allenfalls werden künftig weniger Plätze nötig sein. Doch Asylbewerber werden immer kommen.»

Die Ehefrauen sollen weiterarbeiten

Muttenz Wie können geschie-dene Alleinerziehende der Armut-falle entgehen? Das 1. Sozialhilfeforum versuchte, Antworten zu finden.

VON ANDREA MAŠEK

Frau C. führt das Fernsichteam durch die Wohnung in Allschwil. Sie schläft auf einem kleinen Sofa, für ein Bett für die kleinste Tochter hat das Geld bisher auch nicht gereicht. Frau B. aus Muttenz ersteigert Nötiges für ihre Tochter und für sich oft im Internet – und verkauft es dort später wieder.

Das sind zwei Beispiele von rund 560 geschiedenen, alleinerziehenden Müttern im Kanton Basel-Landschaft, die von der Sozialhilfe abhängig sind. 35 Prozent aller Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sind geschie-dene Frauen mit Kindern. Sie – und auch die knapp drei Dutzend Männer – waren deshalb das Thema des 1. Sozialhilfeforums des Verbandes für Sozialhilfe Basel-Landschaft. Der Anlass war überschrieben mit: «Armutsfalle – Geschiedene – Alleinerziehend».

«Einfach» in die Armutsfalle

Als Einleitung wurde der Tele-Basel-Beitrag «Getrennt – Geschiedene – Verarmt» von Daniel Wahl gezeigt. Darin kommen Betroffene und Fach-leute zu Wort. Darunter die erwähnten Alleinerziehenden sowie Roger Boerlin, Pfarrer und Präsident der Sozialhilfe Muttenz, und Rudolf Schaff-ner, Leiter des Kantonalen Sozialamtes. Letztere nahmen auch am an-schliessenden Podium unter der Lei-tung von Wahl teil, zu dem sich

Ursula Sarasin-Wechsler gesellte, die als Richterin am Bezirksgericht Arlesheim tätig ist.

Sie rechnete vor, wie «einfach» es ist für geschiedene Eheleute, in die Armutsfalle zu geraten – selbst mit einem Durchschnittslohn von 7500 Franken. Eine Scheidung alleine hinterlasse schon tiefe Wunden, meinte Sarasin. Dann kommen zum psychi-schen Stress, unter dem gemäss Boerlin die Kinder ebenfalls sehr leiden, auch Finanzprobleme und schliesslich oft die Stigmatisierung: Man wird Sozialhilfeempfängerin.

Mehr Prävention

Am Heiraten und Kinderkriegen kann man die Menschen nicht hin-dern, aber vielleicht am Scheiden, fragte man sich auf dem Podium. «Es müsste mehr in die Prävention investiert werden», sagte Sarasin – und erhielt viel Zustimmung aus dem Publi-kum. Sie denkt dabei an Triple-P-El-ternkurse (Triple P kommt von Posi-tive Parenting Programm und dabei geht es um bewährte Erziehungsfer-tigkeiten) oder Partnerkurse. Und sie rät allen Ehefrauen: weiterarbeiten!

Für Schaffner ist Bildung die grös-s-te Prävention. Ihm pflichteten die Anwesenden bei. Boerlin würde Fa-milienergänzungsleistungen sowie einen Grundlohn einführen. Die Wirtschaft müsste auch beitragen, etwa hinsichtlich Teilzeitarbeit, kam ein Vorschlag aus dem Publikum.

Mehr als einmal betonte Schaff-ner, dass die Gesellschaft, die Werte sich gewandelt haben und der Staat sich anpassen müsse – zum Beispiel für Blockzeiten und Kinderbetreu-ungsangebote sorgen.